

## Debatte

Tanjev Schultz

# Ungerechte Medienkritik

Die Corona-Krise ist kein Beispiel für das Versagen, sondern für den Wert des Journalismus

Es sind seltsame Zeiten. Kaum ein anderes Land hat die Corona-Krise (bisher) so gut gemeistert wie Deutschland, dennoch tun einige so, als stünde dieses Land mit seinen Institutionen am Abgrund. Und so gibt es auch eine kraftmeiernde Medienkritik, die es nicht dabei belässt, die zweifellos vorkommenden Fehler und Verfehlungen der Presse aufzuspießen. Mit Getöse diagnostiziert sie ein mediales Systemversagen. Es fällt auf, dass diese Art der Medienkritik unter eben den Verzerrungen leidet, die sie selbst im Journalismus zu erkennen glaubt: Negativismus, Einseitigkeit, Übertreibung.

In seinem Beitrag »Desinfektionsjournalismus« hat Timo Rieg in dieser Ausgabe der *Journalistik* zu einem Rundumschlag ausgeholt (Rieg 2020). Die Corona-Berichterstattung erscheint ihm zutiefst defizitär. Wie unterschiedlich die Wahrnehmungen doch sein können. Ich habe einen anderen Eindruck gewonnen (vgl. Schultz 2020a). Auf mich wirkt das Bild, das die Medien über die Pandemie und ihre Folgen zeichnen, durchaus facettenreich. Dies steht im Einklang mit einer der ersten Inhaltsanalysen zur Corona-Berichterstattung (vgl. Quandt et al. 2020), auch wenn über deren Methodik gestritten werden kann. Ja, es gibt Beispiele für schlechten Journalismus, insgesamt aber haben die Medien Beachtliches geleistet.

In kurzer Zeit haben viele Menschen einen Grundkurs in wissenschaftlichem Denken durchlaufen und eine Menge über Virologie und Epidemiologie gelernt – zugleich auch über die Unsicherheiten von Studien und die Schwierigkeiten der Politik, Entscheidungen unter Bedingungen von Ungewissheit treffen zu müssen. Phänomene wie »exponentielles Wachstum« oder »Übersterblichkeit« werden nun von vielen verstanden. Ohne die Leistungen der Medien hätten sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wohl nicht so vorsichtig ver-

halten. Dass ihr Verhalten auf einer Art Gehirnwäsche beruhe, mag glauben wer will. Auf mich wirkt diese Unterstellung arrogant und ignorant. Nichts war und ist alternativlos, jede Maßnahme sollte kritisch hinterfragt werden – aber die Tatsache, dass sehr viele Menschen die Maßnahmen der Politik zumindest im Großen und Ganzen für richtig hielten, lässt sich nicht so einfach als Ausdruck von falschem Bewusstsein abtun. So wenig, wie die Mehrheit nur deshalb recht hat, weil sie in der Mehrheit ist, so wenig ist breite Zustimmung schon ein Indikator für manipulierte Massen.

Die Aufgabe des Journalismus ist es, die Politik einer Regierung nicht einfach hinzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Medien bereits der Kritiklosigkeit und Naivität überführt sind, wenn sie denn mal mit der Politik übereinstimmen. Schwimmen Menschen gegen den medialen Strom (Achtung: »Mainstream«!), ist das nicht immer und unbedingt die Folge vernünftiger Einsichten. Es kann die Folge einer Lernverweigerung sein (vgl. Schultz 2020b). Man denke an den Witz über den Mann, der die falsche Autobahnauffahrt nimmt, dann im Radio die Warnung hört, auf seiner Strecke sei ein Geisterfahrer unterwegs – und staunend murmelt: »Einer? Dutzende!«

Dankbar kann man dafür sein, dass es nicht jede Person groß in die Medien schafft, die eine starke, aber abstruse Meinung vertritt. Natürlich findet man im Internet alles Mögliche. Aber glücklicherweise haben die *Tagesschau* oder die FAZ immer noch ein gewisses Gewicht im Diskurs, während es Länder gibt, in denen Verschwörungsmymen fast ungebremsst in die Öffentlichkeit dringen. Ein Blick in die USA reicht, um zu ahnen, was passieren könnte, wenn Riegs Forderung von deutschen Redaktionen beherzigt würde: »Zu jeder Meinung muss die Gegenposition zu Wort kommen, sonst ist sie keine Meinung mehr, sondern ein behauptetes Faktum oder Glaube, über den es nichts zu diskutieren gibt, nichts abzustimmen, zu wählen, zu verhandeln oder zu kommentieren.« Würde man diesen Satz ernst nehmen: Oh weh! Wo wollte man da anfangen. Man findet zu fast allem jemanden mit einer abseitigen Meinung. So wichtig das Streben nach Vielfalt in der Berichterstattung ist – man wird nie daran vorbeikommen, Grenzen zu ziehen. Dafür sind die Medien auch da: dass sie helfen, Orientierung zu geben, und den Menschen nicht *jede* Meinung zu präsentieren, sondern solche, die relevant sind. Und natürlich: Die Entscheidung, was und wer relevant ist, beruht auf einem Urteil der Redaktionen und spiegelt womöglich auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse wider. Gleichwohl sind die Medien nicht einfach Marionetten der Mächtigen.

Timo Rieg hat recht, wenn er Medien fordert, die auch und gerade dann als Kontrolleur der Politik auftreten, wenn die Exekutive weitreichende Entscheidungen trifft. Auch nach meinem Eindruck hätten Journalistinnen und Journalisten vor allem in der ersten Phase der Pandemie-Bekämpfung oft noch kritischer sein können. Dennoch überzeugen mich seine Punkte kaum.

## ad 1) Demokratie verlangt informierte Bürgerinnen und Bürger

Entgegen Riegs Behauptung, die Medien hätten sich zu lange mit »Durchhalteparolen« und »Tüddelkram« aufgehalten, gab es jede Menge informative und differenzierte Berichte und Analysen zu diversen Aspekten der Pandemie. Die Fragen, was Viren sind, wie die Krankheit sich ausbreitet, wie sie diagnostizierbar ist usw. – all das war und ist alles andere als »Tüddelkram«. Der Wissensstand in der Forschung zu SARS-CoV-2 hat sich bekanntlich fortlaufend verändert, und es war keine triviale Aufgabe, einen guten Informationsüberblick zu bieten. Auch ich fand manche gemeinschaftsstiftenden Slogans in den öffentlich-rechtlichen Programmen etwas penetrant (»Zusammenhalten«, »Für Euch da«). Im ZDF warben die Mainzelmännchen für die Hygieneregeln.

Daraus auf den gesamten Mediendiskurs zu schließen, erscheint mir jedoch übertrieben. Und es ist mir ein Rätsel, wie man das Ausbruchsgeschehen in Ischgl oder Rheda-Wiedenbrück als »Einzelereignisse« abtun kann, die man nicht wochenlang »durchnudeln« sollte. Ich dachte, Recherche und das Erfassen wichtiger Hintergründe und Zusammenhänge seien wichtig? Man lernt viel daraus, wie sich die Behörden und die Menschen in Ischgl verhalten haben, und die Medien würden ihrer aufklärenden Rolle wahrlich nicht gerecht, würden sie diesen Komplex nur streifen oder oberflächlich abhandeln. Ähnliches gilt für die Schlachtfabrik von Tönnies und die Strukturen der Fleischindustrie. Es waren übrigens auch die Medien, die bereits vor der Pandemie immer wieder auf die unhaltbaren Zustände in Schlachtbetrieben aufmerksam gemacht hatten.

## ad 2) Informierte Bürgerinnen und Bürger verlangen journalistische Recherche

Zweifellos sollten es die Medien in einer Krise nicht dabei belassen, über das zu berichten, was vorne auf der Bühne gespielt wird. Sie sollen hinter die Kulissen schauen, nachhaken, nachsetzen. Aus Riegs Sicht wurde das zu wenig getan. Ich kann dem sogar zustimmen; aus meiner Sicht kann es nie genug Recherche geben. Nur sind die Ressourcen notorisch knapp. Deshalb stimmt die Forderung, die Medien sollten sich (noch) mehr Mühe geben und noch mehr Wert aufs Recherchieren legen, eigentlich immer. Eine feine Sache für die Medienkritik, denn so hat sie stets einen Punkt für sich. Fair wäre es, auch zu würdigen, welche interessanten Recherchen unter teilweise widrigen Umständen umgesetzt wurden: zu Corona in China, zur Intensivmedizin, zur Erntehilfe, zur Situation von Geflüchteten. Es gab detailreiche Rekonstruktionen der politischen Entscheidungsprozesse – und immer wieder kritische, zweifelnde Stimmen jenseits der YouTube-Hygienedemo-Blase: Rauf und runter wurde in den sogenannten

etablierten Medien der lockere schwedische Weg der Pandemie-Bekämpfung diskutiert.

Kritik und Zweifel kamen von linker ebenso wie von liberal-konservativer Seite. Jakob Augstein, Herausgeber des *Freitag* und Miteigentümer des *Spiegel*, bekundete Sympathien für das schwedische Modell. Das durfte Augstein auch im *Presseclub* des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Der Chef des Springer-Verlags, Mathias Döpfner, veröffentlichte in der *Welt* einen langen Beitrag unter der Überschrift »Ich habe Zweifel« (Döpfner 2020). Darin warf er bereits Ende März die Frage auf, ob die Maßnahmen alternativlos waren und ob sie nicht zu weit gingen. Die Schriftstellerin Juli Zeh veröffentlichte im Magazin *Focus* zu einem frühen Zeitpunkt einen Beitrag, in dem sie mahnte, die Verhältnismäßigkeit bei den Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung zu wahren (Zeh 2020). Die Liste ließe sich fortsetzen, sie würde freilich nichts daran ändern, dass sich in der Tat auch nach meiner Wahrnehmung in der ersten Phase der Krise eine recht breite Mehrheitsmeinung etablierte, die mehreren Prämissen folgte:

*Erstens:* Der Erreger SARS-CoV-2 und die Krankheit Covid-19 lassen sich nicht mit der bekannten Influenza gleichsetzen, die Gefahren sind größer und schwerer zu kalkulieren.

*Zweitens:* Um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, müssen dringend Maßnahmen getroffen werden.

*Drittens:* Solange es weder einen Impfstoff noch gute, wirksame Medikamente gibt, ist es vernünftig, ein exponentielles Wachstum im Infektionsgeschehen zu vermeiden.

Wie eine Mehrheit in Politik, Medien und Bevölkerung halte ich diese drei Punkte für nachvollziehbar und nach heutigem Wissensstand für empirisch zutreffend und normativ richtig. Man kann dagegen Einwände erheben, aber wer dies tut, wird damit leben müssen, dass er die anderen vielleicht nicht überzeugt. Sollte dies der Fall sein, kann er oder sie deshalb nicht die Medien dafür verantwortlich machen, dass sie in der Berichterstattung versagt hätten. Hofberichterstattung, da stimme ich Rieg zu, braucht niemand (nur der Hof, vielleicht). Wenn Medien und Politik in einer Sache aus guten Gründen zum selben Ergebnis kommen, ist das keine Hofberichterstattung.

ad 3) Trennen von Fakten und Meinungen

Sicherlich könnten die Medien sensibler und penibler mit dem Unterschied zwischen Fakten und Meinungen umgehen. Rieg übersieht allerdings, dass jede Nachrichtenauswahl bereits normativ imprägniert ist. Was als berichtenswert

gilt, hängt davon ab, wie die Medien und wie die Gesellschaft ein Geschehen betrachten und bewerten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass auch nachrichtliche, auf die Fakten abzielende Formulierungen normative Spuren enthalten. Für die Medienkritik ist es oft lohnend, solche Spuren zu suchen und aus dem Raum der Selbstverständlichkeit zu reißen. Aber man braucht dabei nicht zum Sophisten zu werden: Riegs Kritik am »Müssen« in der Formulierung, Patienten »müssen beatmet werden« ist zwar schlüssig, aber so feinsinnig, dass sich ihr Sinn in Luft auflöst. Als mündiger Leser verstehe ich, wenn ich die kritisierte Formulierung lese, dass die Beatmung im Urteil der Mediziner, die das entschieden haben, notwendig war. Vergleichbares findet sich zuhauf: Ein Unfallopfer »musste« mit einem Hubschrauber in eine Klinik geflogen werden. Ein Student »musste« eine Prüfung wiederholen, weil er durchgefallen war. Nichts davon ist alternativlos, aber ich halte es für überzogen, hier eine Irreführung verständiger Leserinnen und Leser zu erblicken.

Ähnliches gilt für Riegs Beispiel eines dpa-Textes mit der Überschrift »Regierung plant keine App-Pflicht für Restaurant-Besucher«. Streng genommen hätte dpa schreiben müssen: »Regierung teilt mit, sie plane keine App-Pflicht«. Natürlich kann dpa niemals wissen, was vielleicht im Geheimen geplant wird. Darauf kommt es hier aber auch nicht an. Es geht darum, dass die Regierung offiziell bekundet hat, es werde – entgegen anderslautenden Behauptungen – keine App-Pflicht geben. Sie hat sich damit nach außen hin festgelegt, man kann sie beim Wort nehmen. Sollte sich herausstellen, dass sie doch eine Pflicht einführt, fällt dies auf die Regierung zurück, die falsch kommuniziert und womöglich sogar gelogen hat. Es ergibt indes wenig Sinn, hier zu lügen, weil es um einen Sachverhalt geht, der sich nicht verbergen lässt – wer eine App-Pflicht einführt, muss diese öffentlich machen. Deshalb geht die dpa hier kaum ein Risiko ein, das Wort der Regierung wie ein Faktum wiederzugeben (hätte es die dpa mit Trump zu tun, wäre dies womöglich anders zu beurteilen).

#### ad 4) Fakten verlangen Meinungsvielfalt

Verschiedene Interpretationen zu recherchierten Fakten zu liefern – diese von Rieg als Kernaufgabe des Journalismus ausgemachte Leistung ist anspruchsvoll. Ihr wird nicht gerecht, wer zu jeder Meinung, wie von Rieg verlangt, eine Gegenmeinung präsentiert. Journalistinnen und Journalisten müssen die Kompetenz haben und die Urteilskraft aufbringen zu entscheiden, was eine abseitige Meinung und wer ein Unkundiger oder sogar ein Scharlatan ist, die und den man getrost ignorieren darf. Angesichts von Populismus, Desinformation und Verschwörungslegenden müssen die Medien umso mehr darauf achten, jene Stimmen zu Gehör zu bringen, die etwas Substanzielles beizutragen haben.

Natürlich ist die Entscheidung darüber nicht leicht – und stets Streitbar. Aus der Existenz diverser scheinbarer Experten, die auf YouTube ihre Wahrheiten verkünden, lässt sich aber bestimmt nicht schließen, dass sie alle bitte schön auch in der *Tageschau* zu Wort kommen sollten.

Geht es nach Rieg, dürfte man Klimawandelleugnern keine Bühne bieten (weil der Klimawandel ein erwiesener Fakt ist), Vertretern einer »nach uns die Sintflut«-Haltung aber unbedingt. Lässt sich das sinnvoll durchhalten? Keine mediale Bühne für Holocaust-Leugner, aber für Neonazis, die sagen, es sei gut und richtig, Juden zu vernichten? Sinnvollerweise ziehen die Medien auch für die Diskussion normativer Positionen Grenzen. Und dabei geht es nicht nur um die Grenzen, die das Strafrecht setzt.

Mit Blick auf die Corona-Situation verstehe ich Riegs Argumentation so, dass in den Medien vielfältige Meinungen vorkommen sollten, wie mit der Pandemie umzugehen ist. Aber eben darum wird ja auch seit Monaten gestritten und gerungen. Dass nun nicht ständig Leute in einer Talkshow auftreten, die der Meinung sind, man könne doch die Leute einfach krank werden und sterben lassen, mag vielleicht daran liegen, dass nur wenige diese Position ernsthaft vertreten.

Die Medien, hier stimmt Rieg mir vermutlich zu, können nun den ethischen Edelmut kritisch gegen die Politik und die Mehrheitsmeinung wenden und diverse Inkonsistenzen (eventuell sogar die Heuchelei) aufzeigen: Welche Maßstäbe gelten jenseits der akuten Krise für die Bekämpfung von Elend und Krankheit? Ist die Gesellschaft auch dann bereit, alles zu tun zum Schutz der Schwachen? Wie viel Hilfe erhalten die Geflüchteten auf Lesbos?

Es gibt viele Fragen, die von den Medien gestellt, und viele Recherchen, die von den Medien vorangetrieben werden sollten. Sie darin anzuspornen, muss nicht bedeuten, ihre aktuelle Berichterstattung komplett in den Senkel zu stellen.

## Über den Autor

**Tanjev Schultz** (\*1974) ist Professor für Grundlagen und Strategien des Journalismus am Journalistischen Seminar des Instituts für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er war mehr als zehn Jahre politischer Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*. Schultz hat an der Universität Bremen mit einer Arbeit über die Diskurstheorie von Jürgen Habermas und die Empirie politischer Talkshows promoviert. Er studierte Publizistik/Journalismus, Philosophie, Psychologie, Politik- und Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Fern-Universität Hagen und der School of Journalism (School of Media) der Indiana University in Bloomington (USA). Für seine journalistischen Arbeiten erhielt Schultz diverse

Auszeichnungen, u.a. den Nannen-Preis, den Goethe-Medienpreis und den Universitas-Preis für Wissenschaftsjournalismus. Kontakt: [tanjev.schultz@uni-mainz.de](mailto:tanjev.schultz@uni-mainz.de)

## Literatur

- Döpfner, Mathias (2020): Ich habe Zweifel. In: *Die Welt* vom 24.3.2020, S. 1.
- Quandt, Thorsten; Boberg, Svenja; Schatto-Eckrodt, Tim; Frischlich, Lena (2020): Pandemic News: Facebook Pages of Mainstream News Media and the Coronavirus Crisis – A Computational Content Analysis. *Münster Online Research (MOR) Working Paper*, 2, <https://arxiv.org/abs/2005.13290> (6.7.2020)
- Rieg, Timo (2020): Desinfektionsjournalismus. Die Corona-Berichterstattung war kein Leuchtturm der Orientierung. In: *Journalistik. Zeitschrift für Journalismusforschung*, 3(2).
- Schultz, Tanjev (2020a): Die Corona-Krise als Medienereignis. In: Stefan Iskan (Hrsg.): *Corona in Deutschland. Die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik*. Stuttgart: Kohlhammer, im Erscheinen.
- Schultz, Tanjev (2020b): Die Diskurs-Spirale. Über die Dynamik des öffentlichen Vernunftgebrauchs und den Sinn sozialer Konformität. In: Nikolaus Jakob, Oliver Quiring, Marcus Maurer (Hrsg.): *Traditionen und Transformationen des Öffentlichen*. Wiesbaden: Springer VS, im Druck, S. 37-57.
- Zeh, Juli (2020): Grundrechte sind kein Luxus nur für gute Zeiten. In: *Focus* vom 4.4.2020, S. 38-39.